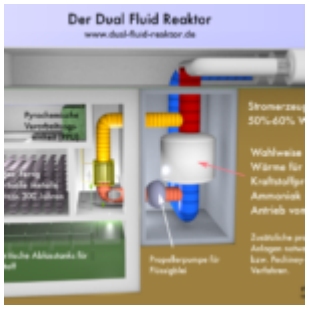
Die Mehrheit der Kernkraftgegner schmilzt



Als Angela Merkel 2011 den endgültigen Atomausstieg durchsetzte, hatte sie dafür die Zustimmung von fast drei Vierteln der Bevölkerung. Nach einer aktuellen Umfrage sind es nur noch 56 Prozent. Sogar ein Teil der Grünen-Wähler befürwortet Atomkraft.

Der Rückhalt für den Ausstieg aus der Atomkraft schwindet offenbar. Mehr als die Hälfte der Befragten in einer repräsentativen Meinungsumfrage finden den Ausstiegsbeschluss zwar noch richtig – doch mit nur noch 56 Prozent ist ihre Mehrheit im Laufe der vergangenen Jahre kleiner geworden. Das berichtet die *Welt* vorab aus einer Umfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Nuklearia e.V. und des Deutschen Arbeitgeberverbands e.V. (DAV) durchgeführt hat. Die beiden Vereine sind Kernkraft-freundlich. Doch das ändert nichts daran: die Umfrage ist repräsentativ.

»Der Trendverlauf der letzten gut zehn Jahre«, zitiert *Welt* die Allensbach Meinungsumfrage, »zeigt jedoch, dass der Rückhalt für den Ausstiegsbeschluss schwindet.« 2012 hielten noch 73 Prozent der Bevölkerung die Entscheidung der damaligen Regierung, aus der Kernenergie auszusteigen, für richtig. 70 Prozent waren es 2014, noch 65 im Jahre 2016 und 2019 bereits nur noch 60 Prozent. Im gleichen Zeitraum vergrößerte sich der Anteil derer, die den Ausstiegsbeschluss kritisch sehen, von 16 auf 25 Prozent.

Zustimmung kommt für den Vorschlag, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen und dafür Kohlekraftwerke schneller abzuschalten. 42 Prozent der Befragten stimmt diesem zu, 34 Prozent lehnen eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke ab.

Erstaunlicherweise glaubt offenbar nur eine Minderheit, dass der Atomausstieg auch wirklich wie vorgesehen bis Ende 2022 durchgesetzt wird. 47 Prozent der Befragten halten dieses Datum für nicht realistisch. Sie haben offenkundig Schwierigkeiten zu akzeptieren, dass ein Industrieland freiwillig seine wichtigsten Energiequellen abschaltet.

Allerdings lassen sich Kernkraftwerke nicht beliebig schnell ein- oder ausschalten und wieder weiterbetreiben. Es gibt lange Vorlauffristen allein für die Bestellung von Brennmaterialien. Die Abschalter tun im übrigen viel, sofort vollendete Tatsachen zu schaffen. Das Beispiel der Sprengung der Kühltürme des Kraftwerkes Phillipsburg rasch nach dessen Abschaltung bietet

dafür ein beredtes Beispiel.

Doch es kommt offenbar Bewegung in die Diskussion rund um den Atomausstieg. Die wesentliche Rechtfertigung für den Ausstieg lieferte seinerzeit eine merkwürdig besetzte Ethikkommission. Genau zehn Jahre, nachdem von Fachkenntnissen befreite Wissenschaftler mit einer servilen Ergebenheitsadresse ihre Empfehlung abgeliefert haben, werden diese Wissenschaftler heute massiv kritisiert. *TE* berichtete:

ANDRÉ D. THESS

Kritik an der Ethikkommission zum Atomausstieg: Vereinnahmung durch die Regierung

Die beiden Vereine, die die Umfrage in Auftrag gegeben haben, stellen die vollständigen Ergebnisse in der kommenden Woche ausführlich vor. Denn neben dem Meinungsforschungsinstitut Allensbach hat zusätzlich Civey die Ansicht von 10.000 Bundesbürgern zur Kernkraft erfragt. Erstaunliches Fazit: 50,1 Prozent finden Kernkraft gut.

Der Wahlkampf der FDP solle stärker Energiepolitik zu einem zentralen Thema machen, empfiehlt der Deutsche Arbeitgeberverband. Denn drei Viertel der FDP-Wähler finden Kernkraft in Ordnung, bei den Anhängern der AfD sind es rund 80 Prozent, bei der CDU etwa zwei Drittel – und sogar mehr als ein Fünftel der Grünen-Wähler stehen der Kernkraft positiv gegenüber. »Das ist doch eine ziemlich signifikante Minderheit«, sagt der Physiker Björn Peters, zugleich Ressortleiter Energiepolitik DAV und empfiehlt der FDP: »Es sieht danach aus, als könnte die FDP mit größerer Offenheit pro-Kernkraft Wählerstimmen gewinnen.«

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier